

# **Antrag Nr. 04-F-02-0033**

## **CDU-Fraktion**

---

### **Betreff:**

Beschäftigungspolitik in Wiesbaden  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 20.04.2004 -

### **Antragstext:**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. alle Haushaltsstellen aufzulisten und den Fraktionen zu übermitteln, die sich auf kommunale Beschäftigungspolitik beziehen (z.B. Hilfe für Arbeit, Jugendhilfe nach dem SGB VIII);
2. den Teil dieser Haushaltsstellen, die sich auf "Hilfe für Arbeit" beziehen, umzuwidmen für die Kosten der Unterbringung gemäß der Hartz-IV-Reform.
3. den Teil dieser Haushaltsstellen, die sich auf kommunale Beschäftigungs-politik beziehen, mit einem Sperrvermerk zu versehen, damit keine Ausgaben von Seiten der Stadt mehr in den Bereichen getätigt werden, in denen ihr die Aufgabe bzw. eine entsprechende Gegenfinanzierung durch den Bund versagt wird;
4. die in Punkt 3 genannten Haushaltsstellen jeweils mit einer Erläuterung zu versehen, wonach der Sperrvermerk vom Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung nur dann aufgehoben werden kann, wenn eine Gegenfinanzierung von mindestens Zwei-Drittel durch die Bundesagentur für Arbeit oder den Bund sichergestellt ist.

### **Begründung:**

Wiesbaden, 20.04.2004

Bernhard Lorenz  
Fraktionsvorsitzender

Dr. Sven-Uwe Schmitz  
Geschäftsführer